

**CDU**STADTVERBAND
LIPPSTADT**Markus Patzke**
STADTVERBANDSVORSITZENDER**Peter Cosack**
FRAKTIONSVORSITZENDERTel.: 02941 96 88 509
Mobil: 0177 7 15 10 68
E-Mail: m.patzke@cdu-online.de

Pressemitteilung

27. November 2018

„Gut, dass sich etwas bewegt“

Die Landtagsfraktionen von CDU und FDP haben sich darauf verständigt, die Landesregierung aufzufordern, das bestehende System der Straßenausbeiträge für betroffene Anlieger neu zu gestalten. Es ist gut, dass die Landesregierung jetzt prüft, wie das bestehende System so reformiert werden kann, dass die Kommunen eigenverantwortlich über die Erhebung von Straßenbaubeiträgen entscheiden können, die Zahlungsmodalitäten vereinfacht werden und insbesondere Ratenzahlungen zum Basiszinssatz möglich sind. Dazu erklärten der CDU-Stadtverbandsvorsitzende Markus Patzke und der Fraktionsvorsitzende Peter Cosack:

„Wir begrüßen sehr, dass jetzt Bewegung in die Frage der Straßenausbeiträge nach § 8 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) kommt. Das bestehende System, das Städte und Gemeinden verpflichtet hat, Straßenausbeiträge von Anlieger betroffener Straßen in einer bestimmten Höhe einzufordern ist nicht transparent, der Beitrag als Gegenleistung für wirtschaftliche Vorteile durch die Erneuerung einer Straße kaum vermittelbar und führt häufig zu einer unverhältnismäßig hohen Belastung der Anlieger. Die derzeit geltende Regelung ist in ihren vielen Facetten häufig nur noch von Juristen nachzuvollziehen.“

Insofern machen die gegenwärtig im Landtag diskutierten Vorschläge Mut, dürfen aber auch nicht zu überzogenen Erwartungen führen. Populistische Forderungen nach einer Abschaffung sind nicht hilfreich und schaden einer sachlichen Auseinandersetzung. Die SPD selbst hat sie – in Kenntnis der besonderen Problematik – in über 40jähriger Regierungszeit in Nordrhein-Westfalen nicht abgeschafft. Auch in Zukunft werden Straßenausbaubeiträge notwendig sein, weil die finanziellen Spielräume des Landes und der Kommunen, auch der Stadt Lippstadt, begrenzt sind. Wir wollen auch, dass die Bürgerinnen und Bürger Verantwortung für ein leistungsfähiges und sicheres Verkehrsnetz in der Stadt übernehmen. Wir sind dafür Bürgerinnen und Bürger zu entlasten, aber wir stehen auch für solide Finanzen. Entlastungen müssen verantwortungsvoll, zielgerichtet und auch unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Situation der Stadt erfolgen.“